



Mehr Informationen unter:  
[www.aussenpolitik.cdu.de](http://www.aussenpolitik.cdu.de)

- Wir werden weltweit eine einflussreiche Stimme für Freiheit und Menschenrechte bleiben.
- In der Entwicklungszusammenarbeit müssen gute Regierungsführung und Menschenrechte maßgebliche Kriterien sein.
- Wir wollen die Mittel für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens steigern.
- Wir setzen uns für eine Reform der UNO und die Weiterentwicklung des Völkerrechts ein.
- Wir wollen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindern und faire, der internationalen Sicherheit dienende Abrüstungsinitiativen.
- Wir treten für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels ein. Unser Ziel ist eine Zweistaaten-Lösung mit einem jüdischen Staat Israel in dauerhaft sicheren Grenzen und einem lebensfähigen palästinensischen Staat.

## UNSERE KERNPUNKTE

- Eine starke und gemeinsame EU-Außen- und Sicherheitspolitik
- Festigung der transatlantischen Partnerschaft
- Eine einflussreiche Stimme für Freiheit und Menschenrechte – weltweit
- Verhinderung der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen
- Existenzrecht und Sicherheit Israels



**WIR** HABEN DIE KRAFT FÜR  
**INTERNATIONALE  
VERANTWORTUNG**

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle | Marketing und Interne Kommunikation | Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin  
Telefon 030 22070-0 | Telefax 030 22070-111 | [info@cdu.de](mailto:info@cdu.de)  
[www.cdu.de](http://www.cdu.de) | 30/0809 | Bestell-Nummer: 2616

Fotografie Merkel: Andreas Herzau

**CDU**

**CDU**

„Ein sicheres Leben in Deutschland ist auf stabile Partnerschaften angewiesen. Es ist unsere Verantwortung, dies für die Zukunft zu sichern.“

Angela Merkel  
Vorsitzende der CDU Deutschlands



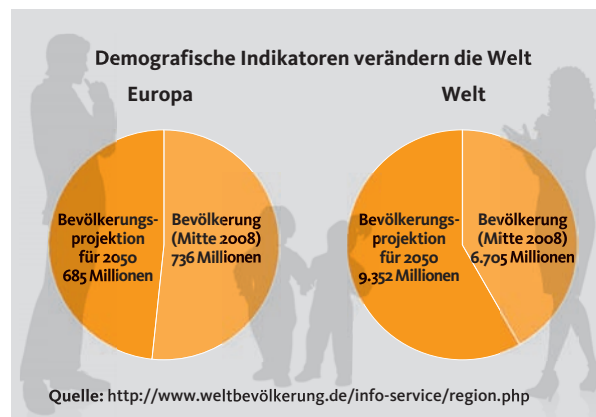
## DAS HABEN WIR ERREICHT

Unter der rot-grünen Regierung war die EU in einer tiefen Krise. Der Verfassungsvertrag war gescheitert, die künftige EU-Finanzierung in Frage gestellt. Auch das Ansehen Deutschlands in der Welt hat unter der Regierung Schröder gelitten: Zwischen Deutschland und den USA herrschte Sprachlosigkeit, die NATO war gespalten. Das Thema Menschenrechte spielte gegenüber Russland und China kaum eine Rolle.

**Die CDU-geführte Bundesregierung hat seit 2005 viele Erfolge erzielen können.**

- Die Europäische Union hat ihre tiefe Krise überwunden. Die Menschenrechte stehen wieder auf der Agenda.
- Schon 2005 gelang es Bundeskanzlerin Angela Merkel, die Finanzierung der EU bis 2013 zu sichern.
- Sämtliche Versuche zur Einschränkung der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank wurden erfolgreich zurückgewiesen.
- Wir haben sowohl für Deutschland als auch für Europa eine Hochtechnologiestrategie durchgesetzt.

- Die EU hat sich auf ehrgeizige Ziele in der Klimaschutz- und Energiepolitik verpflichtet.
- Beim Weltfinanzgipfel der 20 größten Wirtschaftsnationen (G20) in London und beim G8-Gipfel im italienischen L'Aquila wurden zum Schutz der Bürger verbindliche Regeln vereinbart, mit dem Ziel, eine derartig schwere Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise künftig zu verhindern.
- Die deutschen Ausgaben für die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit wurden von 3,93 Milliarden auf 5,91 Milliarden Euro erhöht.



## UNSERE ZIELE FÜR DIE ZUKUNFT

Wir stehen für eine starke EU-Außen- und Sicherheitspolitik, um unsere Interessen und Werte durchzusetzen.

- Die CDU steht für einen stabilen Euro, ein Europa der Haushaltsdisziplin und der Beitragsgerechtigkeit.
- Wir setzen uns weiterhin für einen Gottesbezug in einer EU-Verfassung ein.
- Nach den letzten EU-Erweiterungen muss es eine Phase der Konsolidierung geben. Für die Türkei halten wir eine privilegierte Partnerschaft anstelle der EU-Vollmitgliedschaft für die richtige Lösung.
- Wir wollen die transatlantische Partnerschaft festigen, Handelshemmnisse abbauen und eine deutsch-amerikanische Initiative zur Energieeffizienz starten.
- Wir setzen uns für ein neues strategisches NATO-Konzept ein. Zentrale Verpflichtung bleibt die kollektive Verteidigung. Neue Mitglieder dürfen beitreten, wenn sie die gemeinsamen Werte teilen und ihr Beitritt die gemeinsame Sicherheit stärkt.